

scholtenen Mahnern vor einer Isolierung des großen Nachbarn im Osten unter der Fahne des Menschenrechtsuniversalismus. Seiner Partei, die er bei allen kritischen Einwänden seit seinem Rückzug aus der aktiven Politik hochgradig solidarisch begleitet hat, gibt Eppler den Rat, über die im Detail überzeugende Argumentation, über die Demonstration von Sachkompetenz, nicht die tiefer liegenden Schichten der Wählerpsychologie zu vernachlässigen, die eben nicht allein egoistische Wünsche und Sehnsüchte hegen, sondern die nach einer »entspannten, freundlichen, hilfsbereiten Gesellschaft«, nach mehr Gleichheit, »mehr Miteinander und weniger Wettbewerb« dürsten. Mit allgemeinen, aber als Botschaft von den Menschen verstandenen Parolen wie der aus den frühen 70er Jahren: »Wir wollen ein Volk der guten Nachbarn sein, nach innen und nach außen«, formuliert in der ersten Regierungserklärung des neu gewählten Bundeskanzlers Willy Brandt vom 28. Oktober 1969, hat die SPD ihren historischen Wahlsieg des Jahres 1972 vorbereitet. Ein Plädoyer auch gegen den Insider-Politikersprech. »Eine solche Botschaft«, so Eppler gegen Ende seiner Memoiren, »die auch dem Väterlichen und Mütterlichen wieder einen hohen Rang einräumt, würde sehr wohl zu einer modernen Politikerin passen, die zwar die Härte des politischen Geschäfts aushält, aber doch etwas von dem ausstrahlen könnte, was ihr politisch vorschwebt«.

*Erhard Eppler: Links leben. Erinnerungen eines Wertkonservativen. Propyläen, Berlin 2015, 336 S., 22,00 €.*



#### **Peter Brandt**

ist Professor (i.R.) für Neuere deutsche und europäische Geschichte und ehrenamtlich Direktor des interdisziplinären Dimitris-Tsatsos-Instituts für Europäische Verfassungswissenschaften (DTIEV) an der Fernuniversität Hagen.

[peter.brandt@fernuni-hagen.de](mailto:peter.brandt@fernuni-hagen.de)

*Karsten Rudolph*

## **Vergangenheit, die nicht ruhen soll**

### **Der Umgang der SPD mit den Hypotheken des »Dritten Reiches«**

»In keiner anderen westdeutschen Partei – die bald unbedeutende KPD einmal aufgenommen – wurden nach 1945 so viele Gegner und Verfolgte des Nationalsozialismus politisch aktiv wie in der SPD«, schreibt die Historikerin Kristina Meyer in ihrer kürzlich erschienenen Dissertation, für die sie den Willy-Brandt-Preis für Zeitgeschichte 2015 erhielt. »Alle 25 Mitglieder des ersten sozialdemokratischen Parteivorstands nach Kriegsende waren mit dem Verfolgungsapparat des NS-Regimes in Berührung gekommen.« Wer nun allerdings meint, bereits aus diesen Eingangssätzen auf den Inhalt der groß angelegten Studie schließen zu können, der wird sich noch wundern. Denn: Die SPD strich diesen Umstand weder groß heraus, noch machte sie sich zum politischen Sprachrohr einer Politik, die mit der NS-Vergangenheit der deutschen Gesellschaft hart ins Gericht ging. Vielmehr setzte sie auf das scheinbar Naheliegende, nämlich dass die Wähler ihr, als einzige standhaft gebliebene Partei der Demokratie, endlich zu ihrem historischen Recht verhelfen und sie in die politische Verantwortung bringen würden. Doch die SPD wurde darin bald enttäuscht.

Die »Mitläuferfabrik«, die mit der bürokratischen US-Entnazifizierungsprozedur errichtet wurde, entließ nämlich nicht nur fanatische Faschisten als Ahnungslose und Täter als Delinquenten; sie produzierte auch Hunderttausende von Deutschen als vermeintliche Opfer der Kollektivschuldthese. So kam es, dass sich bald alle als Opfer betrachteten: als Opfer der Nazis und der Entnazifizierung, des Krieges und der Vertreibung, der Verführung und der gebrochenen Versprechen. In einem »Land der Opfer« konnte eine Verfolgtenpartei somit kaum reüssieren. Aber die Ursachen für die politischen Startschwierigkeiten, mit denen sich die Partei nach 1945 plagte, lagen tiefer. Während sich die Deutschen nach außen lauthals als Opfer hinstellten, beschwiegen sie nach innen beredt ihre Vergangenheit. Lautsprecherisches Beklagen und »kommunikatives Beschwigen« (Hermann Lübbe) bildeten eine Seite der Medaille. In der SPD wusste man um die komplizierte Herausforderung, die zweite Demokratiegründung zu einem Erfolg zu führen. Anders als 1918, als nur ein Teil der Deutschen noch mental im Kaiserreich lebte, hatte man es nach 1945 mit einer Mehrheitsbevölkerung zu tun, die tief in die Verbrechen der NS-Diktatur verstrickt war. Der anfängliche Kurs Kurt Schumachers, der für die Minderheit der Unbescholtenen stand, mit den Nationalsozialisten und ihren Helfershelfern schonungslos abzurechnen, stieß auf wachsenden Widerwillen. Er drohte die SPD als rechthaberische, doktrinäre und letztlich erfolglose Demokratie-, Antikriegs- und Antinazipartei zu isolieren. Denn die Mehrheit der Deutschen hatte der Demokratie keine Zukunft mehr gegeben (oder sie nicht mehr miterlebt), hatte im Krieg mitgekämpft oder sich mit dem NS-System wenigstens arrangiert. Der als »Halbjude« im Dritten Reich diskriminierte, spätere Schatzmeister der SPD, Wilhelm Dröscher, und seine Frau Lydia nahmen denn die SPD auch »vor allem als Partei alter Männer wahr, die rückwärtsgewandt lebten und den jungen Tatkräftigen keine Plattform« boten – so berichtet es deren Tochter Barbara. Die SPD bemühte sich deswegen um eine differenzierte Haltung: Sie verurteilte die NS-Größen, die Angehörigen der Funktionseliten und Kriegsverbrecher, öffnete sich aber gegenüber den Jungen, die unter dem Hakenkreuz groß geworden waren, den Soldaten und niedrigen Rängen der Waffen-SS, den »kleinen« Nationalsozialisten, Verführten und Idealisten, denen man nun eine zweite Chance – die Bewährung in einer demokratischen Partei – bot. Gesinnungsethisch mochte diese Differenzierung deprimierend wirken; erfolgsethisch gab es zu einer solchen Haltung, die auf Versöhnung zielte, kaum eine Alternative. Denn eine Demokratie lässt sich auf Dauer kaum gegen eine Mehrheit politisch korrekt ausgegrenzter Bürger/innen errichten. Sämtliche erfolgreiche Transformationen diktatorischer Systeme in demokratische bestätigen dies.

Insoweit ist es nicht überraschend, aber die Studie von Kristina Meyer arbeitet es zum ersten Mal klar und deutlich heraus, dass die SPD sowohl für die Verabschiedung des sogenannten 131er Gesetzes als auch für das Wiedergutmachungsgesetz eintrat. So sollten u.a. wieder diejenigen nebeneinander arbeiten bzw. versorgt werden können, die seit 1933 oder seit 1945 aus politischen Gründen aus dem öffentlichen Dienst entlassen worden waren. Der Umgang mit dem Widerstand des 20. Juli stand in einer ähnlichen Linie. Die SPD verzichtete auf die Hervorhebung der eigenen Widerstandstradition zugunsten des – so Meyer – »Versöhnungsnarrativs einer klassen- und lagerübergreifenden Verschwörung«. Erst später fiel auf, dass die »Männer des 20. Juli« nach einem erfolgreichen Attentat gegen Hitler keineswegs den Aufbau einer lupenreinen Demokratie im Auge hatten. Doch zugleich verlangte die staatstragende Erinnerung an

das Attentat den Unionsparteien und der FDP einiges ab. Die aus ihren Reihen kommende Rede von Widerstandskämpfern als Vaterlandsverrätern konnte nämlich auf Dauer kaum aufrechterhalten werden.

Der Wandel der SPD von einer sozialistischen Arbeiterpartei zur (linken) Volkspartei wird zumeist mit der Verabschiedung des Grundsatzprogramms auf dem Godesberger Parteitag verknüpft und als Absage an eine marxistische Orthodoxie verstanden. Die Studie von Meyer zeigt jedoch nebenher, dass dies zu kurz greift. Das Godesberger Programm klammerte die NS-Vergangenheit aus und verzichtete darauf, die Partei als entschiedene Gegnerin des NS-Regimes zu profilieren. Stattdessen stand die Abwehr des Kommunismus vornan. Die Öffnung der Partei war eben nicht nur ein Angebot an die Mittelschichten, sondern auch an all diejenigen, die keine Opfer oder Gegner des Nationalsozialismus gewesen waren. Die Volkspartei öffnete ehemaligen Volksgenossen den Weg in die moderne SPD.

Gleichwohl wäre es verfehlt, wenn man der SPD keine besondere Sensibilität im Umgang mit der NS-Vergangenheit zubilligen würde. Denn sie war die einzige Partei, die sich mit Gesetzesinitiativen gegen die Beleidigung und Verhöhnung von NS-Gegnern und NS-Opfern oder gegen das Leugnen des Völkermords und rassistischer Verfolgung einsetzte. Anders und vor allen anderen sprach sie den systematischen Mord an den Juden an, bekannte sich als einzige politische Kraft von Beginn an zur Wiedergutmachung des Unrechts an den Juden und trat antisemitischen und neonazistischen Aktivitäten dezidiert entgegen.

Nun hätte die Große Koalition als eine »Regierung der nationalen Versöhnung« 1966 den Schlussstrich unter die NS-Vergangenheit ziehen können, doch es kam bekanntlich ganz anders, oder, wie Meyer schreibt, es kam zu einem »anderen Schlussstrich«. Nach seiner Wahl zum Bundeskanzler 1969 *Der »andere«  
Schlussstrich* meinte Willy Brandt selbst, jetzt habe Hitler endgültig den Krieg verloren. Die Neue Ostpolitik setzte dann einen Schlussstrich unter die Spätfolgen des Krieges und sorgte endlich für einen stabilen Frieden und für Entspannung, Verständigung und Aussöhnung in Europa.

Doch auch dieser andere Schlussstrich sorgte keineswegs für ein Ende der Debatten um die NS-Vergangenheit. Ganz im Gegenteil. Wenn auch nicht gleich immer die ganze Partei, so waren es doch stets Sozialdemokraten, die diese Vergangenheit nicht ruhen lassen wollten. Sie regten die wissenschaftliche Erforschung des Arbeiterwiderstands an, gaben den Anstoß für das Projekt »Bayern in der NS-Zeit« oder empfahlen dem WDR den Kauf und die Ausstrahlung der US-TV-Serie *Holocaust – Die Geschichte der Familie Weiss*. Und in den vergangenheitspolitischen Schlachten der Ära Kohl siegten das andere Deutschland und eine SPD, die die historischen Dimensionen ihrer Politik klar erkannte.

*Kristina Meyer: Die SPD und die NS-Vergangenheit 1945-1990. Wallstein, Göttingen 2015, 549 S., 42,00 €.*



#### **Karsten Rudolph**

war MdL in NRW, lehrt Neuere und Neueste Geschichte an der Ruhr-Universität Bochum und ist Beirat der NG/FH.

*karsten.rudolph@rub.de*